

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeugungspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schatzkammer: Dresden-Alt. Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamespaltel anschließend an den dreißigsten Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 30. Oktober 1928

Nummer 255

Die Bankiers brechen den Rapallo-Vertrag

Der Montag Morgen bestätigt die sowjetfeindliche Politik der deutschen Großbanken, mit der die Regierung einverstanden ist

Wir haben vor einigen Tagen über die Bildung des Londoner Antisowjet-Komitees berichtet, das unter der Flagge des Internationalen Verbandes der russischen Anleihe-Gläubiger läuft. Unsere Behauptung, daß es sich hier um die Schaffung einer gemeinsamen weltkapitalistischen Plattform zur Bekämpfung der UdSSR handele, wurde offiziell und inoffiziell heftig abgelehnt. Jetzt sind wir in der Lage, uns auf die Zeugenschaft eines der Sowjetfreundlichkeit nicht verdächtigen Mannes zu berufen, das klipp und klar feststellt, daß man es hier mit einer Provokation der Sowjetunion zu tun habe. In seiner Ausgabe vom 29. Oktober schreibt der linksbürgerliche Montag Morgen unter der Überschrift: „Die Russlandpolitik der deutschen Banken“:

„Während die deutsche Regierung entsprechend den Bestimmungen des Rapallo-Vertrages und der späteren Ergänzungen sich bemüht, auch die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion zu fördern, legen die Großbanken ein Verhalten an den Tag, das man nicht anders als mit passiver Feindschaft bezeichnen kann. Sehr prüflich war es bereits, daß seinerzeit, als Reich und Länder die Garantie für den 300-Millionen-Russenkredit übernahmen, die Großbanken keinerlei Neigung zeigten, das notwendige Finanzierungskapital zur Verfügung zu stellen. Es bedurfte damals erst langwieriger Verhandlungen, bis endlich ein Finanzkonkordat zustande kam, das die ganze Aktion durchführte. Seit dem englisch-russischen Konflikt aber sabotieren die Banken geradezu die von der Regierung erhoffte Politik des Ausbaues der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Eine Diskontierung russischer Wechsel im eigentlichen Sinne wird von sämtlichen Großbanken abgelehnt.“

Der Montag Morgen macht hier den untauglichen Versuch, zwischen der Reichsregierung und den deutschen Großbanken zu differenzieren. Die deutsche Regierung aber hat diese Großbanken und ihre offen feindselige Politik gegen die Sowjetunion noch nie desavouiert. Ja, es liegen Zeugnisse vor, die erkennen lassen, daß die Politik der Großbanken in ausgesprochenem Einverständnis mit dem Reichskabinett durchgeführt wird. So hat noch im September dieses Jahres der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius auf dem Kölner Bankertag wörtlich erklärt:

„Daß Sie (die Bankiers) diese Aufgabe tatkräftig fördern (nämlich die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Großbanken), beweist u. a. die von Ihnen im vorigen Jahre ins Leben gerufene Kändige Kommission zur Wahrung der Interessen der Besitzer ausländischer Wertpapiere, die es sich im engen Zusammenwirken mit... der Reichsregierung zur Aufgabe gemacht hat, die... Anerkennung der notleidenden ausländischen Werte zu erreichen.“

Man muß wissen, daß die Kändige Kommission, deren Zusammenarbeit mit der Regierung Herr Curtius so sehr lobt, dem Londoner Antisowjet-Komitee kooperativ angegeschlossen ist, woraus genügend klar hervorgeht, daß die deutsche Regierung mit den Zielen der Londoner Vereinigung übereinstimmt.

Aber diese Politik führt zum Bruch des Rapallo-Vertrages, von dem der Montag Morgen offen sagen muß:

„In diesem Vertrage haben Deutschland und Rußland gegenseitig auf alle Ansprüche aus Vorkriegs- und Kriegstagen verzichtet. Deutschland hat dabei allerdings den Vorbehalt gemacht, daß die russische Regierung auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt. Aber diese Gleichberechtigungsklausel kann doch kaum so ausgelegt werden, daß Deutschland auch still an dem Wiederaufleben solcher Ansprüche teilnehmen dürfte. Wie man sich auch zu dieser im Rapallo-Vertrag getroffenen Entscheidung stellen mag, das eine ist klar, daß sie für die deutschen Besitzer russischer Wertpapiere nachteilig ist. Durch den Beitritt der deutschen Banken zu dem neuen internationalen Komitee, in dem die ausgesprochenen rußlandfeindlichen Banken Englands und Frankreichs den Ton angeben, ist das deutsche Auswärtige Amt also in eine fatale Lage gebracht worden. Es müßte den Schritt der deutschen Banken eigenlich offen desavouieren.“

Daran denkt das Auswärtige Amt natürlich nicht, denn die deutsche Politik, und diejenigen, die sie machen, sind nur Exekutoren des Willens der Bankgewaltigen. Der Wille der Bankfürsten aber ist, die Sowjetunion zur Anerkennung und zur Zahlung der ungeheuren Schulden zu zwingen, die unter dem Zarismus durch Riesenanleihen bei englischen, französischen und deutschen Kapitalisten aufgenommen wurden. Aber die Herren Bankdirektoren gehen noch weiter; in den Financial Times, die gerade ein Organ jener englischen Bankiers sind, die in dem

internationalen Komitee eine Hauptrolle spielen, wird schon nicht mehr nur die Anerkennung der zaristischen Schulden, sondern gleich auch die Wiederherstellung des Privateigentums, Einführung eines ordentlichen Zivilrechtes und „unabhängige Gerichte“ (das heißt unabhängig vom Proletariat und abhängig vom Kapital) gefordert. Man sieht, die Herren der kapitalistischen Wirtschaft gehen aufs Ganze. Ihr internationales Komitee ist bereits die Zusammenfügung der wirtschaftlichen internationalen Front gegen die Sowjetunion, der die militärische nur zu bald folgen wird. Denn die Gehehe der Wirtschaft diktieren die Gehehe der Politik.

Wenn selbst Blätter wie der Montag Morgen Warnrufe gegen die sowjetfeindliche Politik auszustößen gezwungen sind, dann hat das Proletariat gewiß alle Veranlassung, die sowjetfeindliche Politik der internationalen Bankiers mit Unterstützung der kapitalistischen Regierungen in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit zu stellen. Was die kapitalistischen Finanzherren unternehmen, ist immer schädlich für das werktätige Volk, dessen Abwehrbereitschaft gegen die sowjetfeindliche Politik der mittel- und westeuropäischen Kapitalisten zusammenfallen muß, mit dem entschiedenen Willen zum Schutz der proletarischen Väterrepubliken.

Die DMB-Lohnkommission für den Düsseldorf-Schiedspruch!

Sämtliche Funktionärskonferenzen lehnen ihn ab — Die Bureaucraten pfeifen auf die „Demokratie“

Essen, 30. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Die am Sonnabend und Sonntag vom DMB einberufenen Verammlungen und Funktionärskonferenzen in Dortmund, Hamm, Harnborn usw. lehnten einmütig den in Düsseldorf gefällten Schiedspruch ab.

Die DMB-Bureaukratie hatte es unter dem Eindruck, den der Schiedspruch unter der Arbeiterchaft hervorgerufen hat, nirgends gewagt, für die Annahme des Schiedspruches zu plädieren. Da in Essen, Dortmund und Bochum die freien Gewerkschaften den Spruch bereits abgelehnt haben, steht der ganze Bezirk einmütig gegen den Schiedspruch.

Trotzdem beschloß die am Sonntag tagende Lohnkommission des DMB (eine zusammengewürfelte Körperschaft des ganzen Bezirks) mit 46 gegen 17 Stimmen die Annahme des Schiedspruches.

Der Vertreter der Opposition hatte eine Resolution für die Aufnahme des Kampfes eingebracht, die noch nicht einmal zur Abstimmung zugelassen wurde. Die an der Tagung als Gäste teilnehmenden Metallarbeiter wurden einfach aus dem Saal entfernt. Ein Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes hatte den Vorschlag unterbreitet,

daß der DMB gemeinsam mit dem christlichen Verband die Mitgliedschaften über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches befragen sollte. Der DMB-Bezirksleiter Wolf lehnte dies jedoch strikt ab mit den Worten, daß der DMB nichts mit dem christlichen Verband zu tun hätte.

Die Abwürgungsmaschine tritt in Tätigkeit

Vor der Verbindlichkeitserklärung

Berlin, 30. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Dienstagvormittag werden im Reichsarbeitsministerium erneut Besprechungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrie und den Gewerkschaften über den von den Schlichtern gefällten Schiedspruch stattfinden. Von Unternehmerseite wird erklärt, daß sie den tariflosen Zustand nicht zulassen und daß für den Fall, daß keine Vereinbarung zustande kommen sollte, die für den 31. Oktober ausgesprochene Gesamtkündigung in Kraft treten wird.

Enttüllungen zum Eisenschiedspruch

„Erträgliche Bedingungen“ — sagen die Unternehmer

Der Schiedspruch der nordwestlichen Gruppe bedeutet, daß höchstens 10 bis 15 Prozent der Metallarbeiter 6 Pf. Lohnerhöhung erhalten würden. Für die große Masse kommen nur 2 Pf. in Betracht, soweit die Unternehmer nicht durch entsprechende Berechnung der Uffordjäre die Lohnerhöhung verhindern können. Gefordert waren 15 Pf. Stundenlohnzulage für alle Arbeiter.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind bereits so rückfichtlose Verfechter der Koalitionspolitik, daß sie in der Schlichterkammer für den Schiedspruch stimmten, der von jedem Arbeiter nur als eine ungläubliche Verhöhnung empfunden werden kann.

Nicht genug damit! Die Deutsche Bergwerkszeitung teilt mit:

„Wir wir noch erfahren, hatten die Gewerkschaften vor dem Schlichter ihre Forderung von ursprünglich 15 Pf. auf 12 Pf. ermäßigt.“

Die Gewerkschaftsführer haben also die ursprüngliche Forderung der Metallarbeiter selbst preisgegeben und damit den Schlichter des Reichsarbeitsministers Willkür indirekt aufgefordert, einen recht erbärmlichen Schiedspruch zu fällen, da sie die aufgestellten Forderungen ja selbst nicht ernstnehmen.

Das Unternehmertum ist denn auch über die Haltung der Gewerkschaftsführer angenehm überrascht. Die Kölnische Zeitung schreibt:

„Aufallend ist die lange Laufdauer des durch den Schiedspruch vorgeschlagenen neuen Lohnvertrages; anderthalb Jahre. Dies Bestehen stellt ein Novum dar. Wir möchten annehmen, daß es die gestaltende Absicht des Schiedspruches ist, die Lohnerhöhungswelle in der Eisenindustrie mit vieler Regelung nachgiebig aufzufangen und für eine möglichst lange Zeit zu beruhigen.“

Dieses kapitalistische Organ steht in einem solchen Maße alle seine Erwartungen übertroffen, daß es entgegen der üblichen Stereotypen Unternehmertaktik, alle Schiedsprüche nach außen hin abzulehnen, folgendes schreibt:

„Es ist also wohl damit zu rechnen, daß auch dann, wenn keine Partei die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beantragt, dieser mindestens nach einiger Zeit des Kampfes, wenn nicht schon vorher, aus öffentlichem Interesse für verbindlich erklärt wird. Die Frage ist also jetzt so gestellt: Grundabsicht, die die in Markt geliehenen Kräfte weiterrollen und wirken läßt, oder Realpolitik, die, so schwer es auch sein mag, bedient, daß eine nationale Lohnerhöhungswelle mit ihrer ganzen Wucht am schlechtesten durch einen Knack out gestoppt werden kann, sondern so, wie die Dinge liegen, zu erträglichen Bedingungen aufzufangen, und elastisch gebremst werden sollte.“

Dochbestriedigt erklärt also die Kölnische Zeitung, daß der Schiedspruch für das Unternehmertum erträglich ist und daß ihm keine lange Laufdauer außerordentlich vorteilhaft ist. Keine sozialdemokratische Demagogie wird diesen Tatbestand umfliegen können.

Für die Arbeiterchaft ergibt sich aber die unabwiesbare Notwendigkeit des Kampfes. Es ist ganz unmöglich, daß sich die Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe anderthalb Jahre lang mit den elenden Löhnen, wie sie durch den Schiedspruch zustande kämen, zufrieden geben könnten. Gewiß liegt diese Lohnpolitik im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, deshalb wird sie von sozialdemokratischen Koalitionspolitikern gefördert.

Der Ruhrschiedspruch zeigt den Arbeitern, was sie von dieser Koalitionspolitik haben.

Es ist endlich an der Zeit, daß die Arbeiterchaft überall über die Klauen der fetten SPD-Führer hinweggeht und sich einfach die Frage überlegt, was im politischen Interesse liegt.

Im Interesse der Arbeiterchaft liegt der wichtige Kampf gegen die wiffenschaftliche Lohnpolitik und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist gewiß, in diesem Kampf die Arbeiterchaft zu führen.